

Rede
von Bürgermeister Werner Arndt
zur Haushaltseinbringung
in den Stadtrat am 26.10.2023

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr verehrte Gäste, meine Damen und Herren,

heute lege ich Ihnen den Verwaltungsentwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2024 vor. Bevor unser Kämmerer Michael Dinklage Ihnen die Zahlen im Einzelnen vorstellt, möchte ich Ihnen einige Erläuterungen zur aktuellen finanziellen und personellen Situation der Stadt Marl geben.

Die Finanzlage der Stadt Marl, der Nachbarstädte im Kreis Recklinghausen und im Revier hat sich in den vergangenen Monaten ohne eigenes Verschulden leider drastisch verschlechtert. So werden alle Kreisstädte mit Defiziten in die Haushaltsplanung für 2024 gehen und einen Gesamtfehlbetrag von rund 250 Mio. Euro darstellen müssen.

Das ist eine überaus schlechte Nachricht!

Viele Kommunen haben ihre Haushalte in den letzten Jahren in einem beispiellosen Konsolidierungsprozess wieder einigermaßen in den Griff gekriegt. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen hat hierzu wesentlich beigetragen. Mühsam erreichte Verbesserungen werden durch die aktuellen Entwicklungen aber wieder aufgezehrt, die Zahlenwerke der Städte sehen dadurch alles andere als rosig aus.

Und ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Über 350 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus NRW haben deshalb parteiübergreifend einen Brandbrief unterzeichnet und ihn an den NRW-Ministerpräsidenten Wüst übergeben. In diesem Brief sehen sie den Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung stark gefährdet.

Die Vielzahl an aktuellen Herausforderungen überfordert die Kommunen, die Aufgabenflut nimmt überhand.

Während die Steuereinnahmen krisenbedingt stagnieren und Bund und Land Zuweisungen kürzen, explodieren die Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neue Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge.

Uns fehlt sprichwörtlich gesagt die Luft zum Atmen!

Ja – Bund und Land sind ausdrücklich gefordert, Schaden von der kommunalen Selbstverwaltung abzuwenden.

Unter anderem sind eine hohe Inflationsrate und erhebliche Preissteigerungen in allen Bereichen, hohe Tarifanschlüsse im öffentlichen Dienst, die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter, steigende Zinsbelastungen auf kommunale Kredite und die Umlagebelastung durch Kreise, Landschaftsverbände oder RVR wesentliche Ursachen für die Misere.

Ein unzureichend finanzierter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen und die unzureichende Beteiligung von Bund und Land an der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen tun ihr Übriges.

Deshalb ist es für die Kommunen unabdingbar, auf eine finanzielle Ausstattung zu bestehen, die den stetig wachsenden Aufgaben entspricht.

Die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter den Mitgliedern des Städte- und Gemeindebundes NRW sind alarmierend: Im kommenden Haushaltsjahr erwarten 40 Prozent der Städte und Gemeinden den Gang in die Haushaltssicherung – weitere 20 Prozent können heute noch nicht absehen, ob sich dieser Schritt noch abwenden lässt. Dass Wasser steht uns bis zum Hals!

Die vollen Effekte der derzeitigen Krisensituation werden die kommunalen Haushalte ab 2023 zu spüren bekommen – so der Deutsche Städtetag.

Die Kommunalhaushalte stürzen im aktuellen Jahr voraussichtlich um -8,5 Milliarden Euro ab. In den folgenden Jahren sind Defizite von bis zu -9,6 Milliarden Euro zu erwarten.

Diese Alarmsignale dürfen nicht länger überhört werden!

Seit langer Zeit haben wir Bürgermeister auf die unzureichende finanzielle „Grundausstattung“ der NRW-Kommunen hingewiesen und eine deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz gefordert.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation ist diese Forderung heute mehr denn je berechtigt. Bislang ist unser Ruf allerdings ohne Gehör geblieben in Düsseldorf.

Ebenso ist uns bewusst, dass neben dem Land auch der Bund zu der strukturellen Krise der Kommunalhaushalte beigetragen hat. Deshalb tragen wir unseren dringenden Appell über die kommunalpolitischen Vereinigungen sowie die kommunalen Spitzenverbände auch in Berlin mit Nachdruck vor.

Vor gut einer Woche habe ich gemeinsam mit den Amtskollegen aus Datteln, Haltern, Oer-Erkenschwick und Herten unser Anliegen persönlich in Berlin vorgetragen.

Ich möchte ausdrücklich an Ministerpräsident Wüst appellieren, seine Funktion als Sachwalter kommunaler Interessen bei der Bundesgesetzgebung wahrzunehmen.

Der Bund steht im gleichen Maße wie das Land in der Verantwortung den Kommunen gegenüber. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Bund mit Zustimmung der Länderkammer Steuersenkungen – wie z.B. mit dem Wachstumschancengesetz – oder zusätzliche soziale Leistungen beschlossen werden, die Löcher in die kommunalen Kassen reißen, welche im Anschluss durch Erhöhungen kommunaler Steuern oder Reduzierung eigener Angebote im Bereich der freiwilligen Leistungen geschlossen werden müssen.

Zu oft und fortwährend haben Bund und Land derartige Vereinbarungen zulasten Dritter – nämlich der Städte und Gemeinden – getroffen.

Ich bin tief besorgt darüber, dass eine solche Entwicklung den Nährboden für eine weitere Polarisierung und den Verlust des Vertrauens in unser demokratisches Staatswesen bereitet. Nutznießer könnten diejenigen sein, die nichts Gutes im Schilde führen mit unserem Gemeinwesen.

Auch die Bereitschaft zu kommunalpolitischem Engagement wird darunter leiden, wenn im Rat nicht mehr gestaltet, sondern nur über Zumutungen entschieden werden kann.

Aus diesen Gründen appelliere ich dringend an alle Verantwortungsträger in Land und Bund, die Forderungen der kommunalen Familie zu unterstützen. Bund und Länder müssen endlich flexible Unterstützungsmaßnahmen etablieren, damit die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten bleibt.

Dazu gehört eine den Aufgaben angemessene Finanzausstattung durch eine deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz. Auch eine kurzfristige Ausschöpfung aller Ressourcen ist dringend notwendig, um den Kommunen zu helfen.

Zweifelsohne zählen auch der Abbau von Bürokratie-Hemmnissen dazu sowie der Verzicht auf gesetzliche Regelungen, die allein zulasten der Städte und Gemeinden gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Sorge blicke ich insbesondere auf die finanziellen Folgen der Coronapandemie und des Ukraine-Krieges, die weiter anhalten und die sich auch auf die aktuelle sowie auf die Haushaltsplanungen der nächsten Jahre auswirken werden. Die Wirtschaft allgemein und vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben erheblich unter dem lang anhaltenden Lockdown gelitten und nicht wenige waren und sind in ihrer Existenz bedroht.

Angesichts der aktuellen Krise im Nahen Osten drohen zudem weitere Belastungen, die heute noch nicht absehbar sind und in ihren Auswirkungen im schlimmsten Fall noch dramatischer ausfallen könnten als der Ukraine-Krieg.

Im Übrigen zeigen die Nachrichten über die jüngsten Entwicklungen der Unternehmen im Chemiepark Marl, dass die Auswirkungen der Energiekrise auch bei den großen Firmen angekommen sind. Dies ist besonders an der Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Marl ablesbar. Nachdem die Stadt Marl in den Jahren 2016 und 2018 ein Gewerbesteueraufkommen von über 100 Mio. Euro verbuchen konnte, brachen die Gewerbesteuern im ersten Corona-Jahr 2020 auf 29,9 Mio. Euro ein. Mit einem geplanten Ansatz für 2024 in Höhe von 48,5 Mio. Euro sind wir noch weit von der Gewerbesteuerhöhe der Vorjahre entfernt.

Die Landesregierung hat jüngst entschieden, dass die Isolierungsmöglichkeit nicht über den derzeit gesetzlich geregelten Zeitraum bis zum 31. Dezember dieses Jahres hinaus verlängert werden soll. Eine Hoffnung weniger!

Für die Haushaltsplanung 2024 ff. der Stadt Marl bedeutet dies, dass die in Marl noch vorhandene Ausgleichsrücklage alleine nicht ausreicht, einen Haushaltsausgleich zumindest fiktiv darzustellen.

Fest steht: Aus eigener finanzieller Kraft kann der Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren nicht erreicht werden. Wir stehen erneut vor schweren Zeiten!

Um bei den anstehenden wichtigen Projekten der Stadt Marl auch in Zukunft handlungsfähig bleiben zu können, bedarf es einer Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes. Mehreinnahmen allein durch Steuererhöhungen zu generieren, ist angesichts der schon hohen Steuerhebesätze in Marl nicht das geeignete Mittel. Daher werden wir Ihnen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, keine Erhöhung der Steuerhebesätze in Marl vorschlagen. Und allein mit einer weiterhin restriktiven Haushaltsführung wird dieses Ziel ebenfalls nicht erreicht werden können.

Eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, eine angemessene Finanzausstattung und die weiter anstehende Lösung des Altschuldenproblems sind nach wie vor dringend notwendig. Bund und Land stehen in der Pflicht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und den Kommunen die Mittel zu gewährleisten, die sie zwingend brauchen. Solange die kommunale Ebene nicht strukturell aufgabengerecht finanziert wird, ist die Leistungsfähigkeit der Kommunen, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können, zunehmend gefährdet.

Es muss endlich Schluss sein mit dem Beamten-Ping-Pong zwischen Land und Bund. Beide müssen die Altschuldenlösung und eine hinreichende Finanzausstattung schleunigst auf den Weg bringen!

In den Koalitionsverträgen in Berlin und in Düsseldorf ist dies in Aussicht gestellt, warum macht man sich nicht endlich ans Werk?

Sehr geehrte Damen und Herren, das Leben der Menschen findet in den Städten und Gemeinden statt, hier wird das direkte Lebensumfeld vor Ort gestaltet. Die Kommunen stemmen den Großteil der öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Ob sie ins Theater gehen oder in die Sporthalle, ob sie mit Bus oder Straßenbahn unterwegs sind oder ob ihre Kinder in Kindergarten oder OGS betreut werden:

Im unmittelbaren Wohnumfeld, im Stadtteil entscheidet sich, ob das Zusammenleben, die Bildung, die Integration und Teilhabe gelingen. Hier werden der Staat und unsere Demokratie zuallererst erfahrbar für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Es gilt im wahrsten Sinne des Wortes: **Ohne Städte ist kein Staat zu machen!** Das zu wissen und ernst zu nehmen, bedeutet vor allem, dass Bund und Länder die Städte als gleichberechtigte Partner begreifen sollten. Die Erfahrungen und Bedürfnisse der kommunalen Ebene dürfen nicht länger ignoriert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der Vielzahl der Krisen, mit denen wir uns alleingelassen fühlen, gibt es in Marl aber auch durchaus positive Entwicklungen in diesem Jahr zu verzeichnen.

Der Spatenstich für den Neubau der Rettungswache wurde insbesondere von den Beschäftigten des Rettungsdienstes lange herbeigesehnt. Die neue Wache bietet modernste Hygienestandards und orientiert sich damit an den Bedarfen der Mitarbeitenden, die rund um die Uhr für die Rettung der Menschen in unserer Stadt einsatzbereit sind.

Auch die Entwicklung bei gate.ruhr schreitet weiter zügig voran. Der Buchhändler Thalia investiert 100 Mio. Euro und plant mit dem Immobilienunternehmen ECE den Bau eines innovativen Omni-Channel-Hubs mit 600 und bis zu 1.000 Arbeitsplätzen in Spitzenzeiten. Noch bevor der Bauantrag eingereicht ist, sprechen wir schon über Erweiterungsflächen.

Und beim Radentscheid sind wir wieder ein gutes Stück vorangekommen. Umso mehr freue ich mich über die diesjährige Fertigstellung des Waldradweges. Mit der Eröffnung des Radweges wurde eine wichtige Verbindung zwischen Hamm/Sickingmühle und dem Stadtkern wiederhergestellt und ein Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität geleistet.

Neben den erwähnten Bauprojekten haben wir in diesem Jahr auch die Weichen für die Kultur neu gestellt. Das gemeinsam entwickelte Kulturprofil ist dabei die Basis für die Neuausrichtung der Marler Kulturarbeit.

Ein fester Bestandteil des Kulturprofils ist das Zukunftsprojekt Marschall 66. Nach all der harten politischen Arbeit und den vielen geführten Verhandlungen bin ich sehr erleichtert, dass der Umsetzung des Leitprojektes nun nichts mehr im Wege steht.

Und mit der Eröffnung des neuen Kunstrasenplatzes verfügt nun auch der SuS Polsum über eine moderne Sportanlage für Senioren und vor allem für die wichtige Jugendarbeit im Stadtteil.

Einen weiteren Meilenstein für die Bildung in Marl hat die Politik zuletzt mit dem neuen Schulentwicklungsplan gesetzt. Damit möchten wir sicherstellen, dass die Bildung weiterhin auf hohem Niveau gefördert wird. Der einstimmig beschlossene Schulentwicklungsplan bildet die Grundlage, diesem Ziel näherzukommen.

Und, liebe Gäste, allen Unkenrufen zum Trotz: die Sanierung der Heinrich-Kielhorn-Schule ist selbstverständlich Teil dieses Ziels. Der Rat hat dazu klare Beschlüsse gefasst.

Diese beispielhaft aufgeführten Projekte zeigen deutlich, vor welchen großen Herausforderungen Politik und Verwaltung stehen, wenn es darum geht, einen Haushalt aufzustellen, der die Umsetzung der großen wie auch kleinen Vorhaben für die Zukunft sicherstellt. Dafür müssen wir wie in der Vergangenheit auch weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen!

Sehr geehrte Damen und Herren, wie gewohnt möchte ich Ihnen an dieser Stelle auch einige Erläuterungen zum vorgelegten Stellenplanentwurf für 2024 geben. Der Stellenplanentwurf 2024 weist gegenüber dem Stellenplan aus dem Vorjahr ein Saldo von 26,99 Stellen mehr aus.

Diese finden sich vorwiegend in den Bereichen Wohngeld und Kindertageseinrichtungen, im Einsatzdienst der Feuerwehr sowie im Amt für Arbeit und Soziales. Ich kann Ihnen versichern, dass alle Stellenneueinrichtungen und andere personalwirtschaftlichen Maßnahmen stets unter den engen Voraussetzungen des § 82 der Gemeindeordnung erfolgten.

Die Stellenausweitungen erfolgen daher wie üblich weitgehend kostenneutral mit bestehenden Gegenfinanzierungen.

Die konkreten Auswirkungen dieser Stellenneueinrichtungen und Stellenverzichte auf die Personalausgaben können der Sitzungsvorlage zur Einbringung des Stellenplanentwurfes 2024 entnommen werden.

Sowohl der eingeschränkte finanzielle Spielraum, als auch die begrenzten personellen Ressourcen stehen aber in einem deutlichen Missverhältnis zu den stetig wachsenden Pflichtaufgaben und der Anzahl zu realisierender Projekte.

Für die Umsetzung der vielen wegweisenden Bauprojekte wurde seitens der Politik die Bildung eines eigenen, ämterübergreifenden Fachbereichs angeregt. Entsprechende organisatorische Maßnahmen sind bereits eingeleitet worden. Das Amt für Gebäudemanagement wird zukünftig

die fachliche Begleitung der Großbauprojekte übernehmen. Im Verlauf der heutigen Sitzung werde ich dazu ergänzende Hinweise geben.

Geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, ich möchte an Sie alle den Appell richten, die Gestaltung der finanziellen Rahmenbedingungen konstruktiv und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger – vor allem die der nachfolgenden Generationen – zu begleiten.

Ich hoffe dabei auf eine sachliche Debatte in den Fachausschüssen und in der kommenden Ratssitzung.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf 2024 wurde von der Verwaltung wieder mit höchster Sorgfalt erstellt. Dafür danke ich allen Beteiligten und insbesondere unserem Kämmerer Michael Dinklage sowie für den Stellenplan Michael Bach und ihren engagierten Teams sehr herzlich.

Sehr geehrte Fraktionen, wie in den Vorjahren steht Ihnen die Verwaltung für ihre Etatberatungen gerne mit Rat und Tat zur Verfügung.

Herr Dinklage wird in seiner Funktion als Kämmerer nun zu den Rahmenbedingungen berichten. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Glückauf!